

1 Antrag an Mitgliederversammlung
2 DIE LINKE. Neukölln am 26. Februar 2024
3 Einreicher:innen: Bezirksvorstand DIE LINKE. Neukölln
4

5 **Stoppt den Krieg und den Völkermord in Gaza.**
6 **Humanitäre Hilfe statt Waffenlieferungen.**
7 **Gleiche Rechte für alle Menschen in Israel und Palästina.**
8

9 Der Krieg in Gaza hat die Lebensgrundlage von zwei Millionen Menschen zerstört.
10 Mittlerweile sind fast 30.000 Palästinenser:innen getötet und Unzählige verletzt worden.
11 Hunderttausende sind nicht nur vertrieben worden, sondern haben ihre Wohnung oder ihr
12 Haus verloren und leben in existentieller Unsicherheit in Notunterkünften oder unter
13 freiem Himmel. Die massiven Bombardierungen haben einen Großteil des Gazastreifens für
14 Jahrzehnte unbewohnbar gemacht. Wir sind Augenzeugen unfassbaren Leids. Tausende
15 Menschen wurden und werden brutal aus dem Leben gerissen. Die Ankündigung Rafah
16 militärisch zu erobern, verschärft nicht nur die humanitäre Katastrophe, sondern bedeutet
17 den sicheren Tod tausender weiterer Menschen. Es braucht unverzüglich einen

18 Waffenstillstand, um das Töten zu beenden. Die Geiseln und politischen Gefangenen müssen
19 sofort freigelassen werden.

20 Wir verurteilen die entsetzlichen Attacken der islamistischen Hamas auf Israel. Angriffe auf
21 Zivilist:innen, ihre Ermordung und Entführung, Vergewaltigungen und Folter, sind durch
22 nichts zu rechtfertigen. Die Verbrechen der Hamas entbinden die israelische Regierung
23 nicht von ihrer völkerrechtlichen Verantwortung. Die israelischen Bombardements, denen
24 Zivilist:innen in Gaza schutzlos und ohne Möglichkeit zur Flucht ausgeliefert sind, die
25 Bombardierung ziviler Einrichtungen und das Vorenthalten humanitärer Güter für die
26 Zivilbevölkerung sowie die nahezu vollständige Abriegelung (Strom, Wasser, Lebensmittel)
27 des Gazastreifens nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselhaft und stellen
28 Kriegsverbrechen dar.

29 Südafrika wirft der israelischen Regierung Völkermord an den Palästinenser:innen in Gaza
30 vor und hat begrüßenswerterweise Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den
31 Haag eingereicht. In seinem Urteil ordnete der IGH sechs vorläufige Maßnahmen an. Dazu
32 zählt die Verpflichtung Israels, Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention zu
33 unterlassen, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und
34 zu bestrafen sowie sofortige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Bereitstellung
35 humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu gewährleisten. Das Gericht wies Israel
36 außerdem an, Beweise für Völkermord zu sichern und dem Gericht innerhalb eines Monats
37 einen Bericht über alle Maßnahmen vorzulegen, die es in Übereinstimmung mit seiner
38 Anordnung ergriffen hat. Die israelische Regierung muss der Entscheidung des IGH
39 unverzüglich nachkommen.

40 Auch in der Westbank und in Israel greifen extremistische Siedler:innen und israelische
41 Streitkräfte verstärkt Palästinenser:innen an. Die extrem rechten Parteien in Israel, die die
42 von Benjamin Netanjahu Ende 2022 gebildete Regierung dominieren, nutzen die aktuelle

43 Situation, um ihren Plan für ein Groß-Israel umzusetzen, das das Westjordanland und den
44 Gazastreifen, also das gesamte britische Mandatsgebiet Palästina, umfasst.

45 Das Leid der israelischen Bevölkerung bei den Anschlägen des 7. Oktober wird von der
46 deutschen Politik genutzt, um bedingungslose Solidarität mit Israel einzufordern. Kritik an
47 der israelischen

48 Regierung wird als antisemitisch diffamiert. Stimmen, allen voran die von
49 Palästinenser:innen und Jüd:innen und Israelis, die sich gemeinsam für Frieden
50 aussprechen, werden unterdrückt. Die deutsche Regierung hat sich die von der
51 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum
52 Holocaustgedenken, verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus zu
53 eigen gemacht und versteht den Staat Israel als jüdisches Kollektiv. Damit macht sie
54 jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung nahezu unmöglich.

55 Weltweit haben antisemitische Angriffe zugenommen, auch in Deutschland, in Berlin und in
56 Neukölln. Es ist eine Schande, dass sich Jüd:innen in Deutschland nicht sicher fühlen.
57 Gleichzeitig erleben wir aktuell eine äußerst problematische Verschiebung des Diskurses. So
58 wird Antisemitismus überwiegend Menschen mit Migrationsgeschichte oder Menschen
59 muslimischen Glaubens zugeschrieben. Dadurch werden bestehende antimuslimische
60 Ressentiments verstärkt und Muslim:innen unter Generalverdacht gestellt. Das macht sich
61 in einer Zunahme antimuslimischer Gewalttaten bemerkbar. Antisemitismus in Deutschland
62 geht quer durch alle Gesellschaftsschichten und ist kein neues Phänomen. Er ist auch nicht
63 eingewandert. Die Mehrheit antisemitischer Gewalttaten geht vom rechten Spektrum aus.

64 Wir stellen uns dem erneuten Versuch aus Politik und Medien entgegen, nicht-weiße
65 Menschen in Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Hetzkampagne
66 auszusetzen. Ob in Israel und Palästina, in Deutschland oder anderswo: Der Schutz jüdischen
67 Lebens und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser:innen müssen zusammengedacht
68 werden. Wir werden nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus, antimuslimischen
69 Rassismus und jede andere Form von Rassismus. Wir werden uns weiterhin einsetzen für
70 ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Neuköllner:innen, ob aus Palästina,
71 Israel oder einer anderen Gegend der Welt, ob gläubig oder nicht. Für ein friedliches
72 Zusammenleben aller Menschen in einem solidarischen Neukölln! Wir stehen solidarisch an
73 der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts
74 einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in der alle Menschen in dieser Region in Frieden,
75 Würde und Sicherheit zusammenleben können. Als linke Partei in Deutschland sind wir
76 solidarisch mit Aktivist:innen in Israel und Palästina, die für Frieden, eine Befreiung der
77 Geiseln und für ein Ende der Besatzung kämpfen.

- 78
- 79 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für einen
80 sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und für eine sofortige Aufhebung der
81 Blockade einzusetzen.
 - 82 • Wir verlangen von der Bundesregierung, die israelische Regierung aufzufordern,
83 dem Urteil des IGH sofort und umfassend Folge zu leisten. Wir fordern die
84 Bundesregierung auf, sich für den Zugang von Untersuchungskommissionen,
85 Menschenrechtsorganisationen, medizinischem Personal und Journalist:innen ins
Kriegsgebiet Gaza sowie deren Schutz einzusetzen.

- 86 • Wir kritisieren den Beschluss der Bundesregierung, die Finanzierung des UNRWA,
87 des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten,
88 einzustellen, scharf. Damit macht sie sich mitschuldig an der humanitären
89 Katastrophe und dem Tod zehntausender Menschen. Die humanitäre Versorgung der
90 Zivilbevölkerung mit ausreichend Medikamenten, Nahrungsmitteln, Wasser und
91 anderen lebenswichtigen Ressourcen muss ermöglicht werden.
- 92 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für diplomatische Verhandlungen und die
93 Freilassung aller von der Hamas gefangen genommenen Geiseln und der politischen
94 Gefangenen in Israel einzusetzen.
- 95 • Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Waffen nach Israel zu exportieren und
96 sich für eine internationale strafrechtliche Verfolgung aller Kriegsverbrechen
97 einzusetzen.
- 98 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für ein
99 Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus einzusetzen.
- 100 • Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und der daraus
101 resultierenden massiven Grundrechtseinschränkungen. DIE LINKE. Neukölln stellt
102 sich auch weiterhin dem Versuch aus Politik und Medien entgegen, Menschen mit
103 Migrationsgeschichte in Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen
104 Hetzkampagne auszusetzen.
- 105 • Wir fordern DIE LINKE und DIE LINKE. Berlin auf, sich diesen Beschluss zu eigen zu
106 machen und entsprechend öffentlich zu handeln.
- 107 • Wir ermutigen all unsere Mitglieder und Unterstützer:innen, sich an den
108 Kundgebungen und Demonstrationen für einen sofortigen Waffenstillstand und ein
109 Ende von Vertreibung, Besatzung und Siedlungsbau in Gaza und dem
110 Westjordanland zu beteiligen und dafür zu mobilisieren.